

Yana Milev: Das Treuhandtrauma. Die Spätfolgen der Übernahme. Berlin 2020. ISBN 978-3-360-01359-0. 18.00 Euro

Gleich zu Beginn ihres Buches legt die Autorin Wert auf die Feststellung, dass sie in der DDR „Hochschulverbot“ gehabt, sich in der Produktion „bewähren“ gemusst hätte. Jeder, der das DDR-Hochschulwesen noch bewusst erlebt hat, weiß, dass man für dergleichen „Bewährung“ nicht nur kritischen Geist besessen, sondern den auch ziemlich öffentlich nachgewiesen haben musste. Mit ihrer Eingangs-Feststellung erinnert Milev damit auch daran, dass sich unter den Kritikern der zweiten deutschen Vereinigung nicht wenige ehemalige DDR-Kritiker befinden. Verständlich: Wer über die Jahre oder sogar Jahrzehnte hinweg über eine Verbesserung der DDR nachgedacht hatte, konnte eigenständiges Denken auch nach 1990 nicht einfach aufgeben.

Der Titel von Milevs Buch ist ein wenig irreführend. Sie befasst sich nicht nur mit der Treuhand und deren fragwürdigem Wirken. In drei Oberkapiteln „Anschluss“, „Umbau“ und „Exil“ widmet sich Milev

- der Ersetzung der politischen und juristischen Strukturen der DDR durch die in der Alt-Bundesrepublik gültigen
- der raschen weitgehenden Zerstörung der eigenständigen DDR-Wirtschaft
- der weitgehenden Verdrängung der DDR-Eliten und ihrer Ersetzung durch aus West-Deutschland importierte Entscheidungsträger.

Eingeschlossen in die Darstellung findet sich eine Auseinandersetzung mit Inhalten und Formen der bisherigen „DDR-Aufarbeitung“.

Im ersten Teil ihres Buches rekapituliert Milev aus ihrer Sicht den Beitritt der DDR zur BRD. Vor allem vier Daten würden den Weg zur Einheit repräsentieren:

- die Grenzöffnung am 9. November 1989
- der Wahlsieg der aus der Alt-Bundesrepublik heraus initiierten „Allianz für Deutschland“ am 18. März 1990
- die Wirtschafts- und Währungsunion mit der D-Mark-Einführung in der DDR am 1. Juli 1990
- der Entscheid einer Volkskammer-Mehrheit für den Beitritt der DDR in den Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik am 23. August 1990. (S. 69/70)

Milev nennt diesen Beitritt nicht „Wiedervereinigung“. Eine „Wiedervereinigung“ hätte ihrer Meinung nach „eine gleichwertige Partnerkonstellation und ihrer Bedingungen“ vorausgesetzt. (S. 27)

Außerdem erinnert Milev an zwei wichtige Voraussetzungen der Vereinigung:

- das immer drängender werdende demokratische Aufbegehren des DDR-Volkes zwischen den gefälschten Kommunalwahlen am 7. Mai und der Großdemo auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989 (S. 26)
- die materiell untersetzte Einflussnahme der westdeutschen Parteien auf die ersten freien Volkskammer-Wahlen am 18. März 1990; so investierten westdeutsche Parteien 40 Mio D-Mark in den Wahlkampf, in Erfurt hatten hessische CDU-Mitglieder in einer Nacht 80 000 Wahlplakate geklebt. Usw. (S. 16)

Empörung bis heute ruft bei Milev hervor, dass bereits am 5. März, also zwei Wochen vor dem freien Entscheid des DDR-Volkes über seine Zukunft, die damalige BRD-Regierung in Bonn intern bestimmt hatte, „den Weg zur Einheit nach Artikel 23 GG zu gehen“ (S. 25), und dass kein einziger seinerzeitiger DDR-Bürger bei diesem Entscheid auch nur mitdiskutieren durfte. Rezensent erinnert sich in diesem Zusammenhang wichtiger Losungen, denen er in seinem politischen Umfeld in jenem Jahr begegnete: das von einem demokratischen Selbstbewusstsein durchdrungene „Wir sind das Volk“ im Herbst 1989 und das von einer erneuten Untertanenseligkeit kündende „Lieber Helmut, nimm uns an der Hand und führe uns ins Wirtschaftswunderland“ im Frühjahr 1990. Übrigens war es dann vom „Jubler“ zum „Jammerossi“ nicht mehr allzu weit, als die von

Bundeskanzler Kohl angekündigten „blühenden Landschaften“ vor allem in Gestalt einer das ganze Land überziehenden Massenarbeitslosigkeit real wurden.

Wichtig scheint mir auch, dass Milev einen Beobachter zitiert, der den raschen Zusammenbruch der DDR-Variante des sowjetisch-osteuropäischen „Sozialismus“ in die welthistorische Zäsur des nahezu gleichzeitigen Zusammenbruchs dieses Gesellschaftssystems von der Werra bis in das ferne Wladiwostok einordnet (S. 93/94), wobei dieser Beobachter m.E. den feinen Unterschied übersieht: In der DDR wurde der Gesellschafts-Tausch vor allem vom DDR-Volk und an Ostdeutschland interessierten Angehörigen der westdeutschen Eliten getragen, in der Ex-Sowjetunion und Osteuropa mehr von Angehörigen oder Kindern der bislang diese Staaten absolut beherrschenden kommunistischen Nomenklatura. Teile der Ex-Nomenklatura konnten dann in der neuen Gesellschaft als „Oligarchen“ reüssieren. (Nur in China und dann Vietnam verlief die Entwicklung anders: Dort wurde von den regierenden Kommunisten zur gleichen Zeit eine an Lenin 1921 erinnernde, die politischen Machtverhältnisse stabilisierende „Neue Ökonomische Politik“ eingeführt. Und: Während heutige Historiker in Deutschland mit national eingengter Sicht die SED-Diktatur DDR gern mit der ihr vorangegangenen NS-Diktatur „Großdeutschland“ in einen Bezug setzen, „Diktaturenvergleich“ genannt, haben sarkastische Gemüter in der früheren Weltmacht Sowjetunion ihre Kritik am gescheiterten „Realsozialismus“ längst in einen präzisen politischen Witz mit globaler Dimension einmünden lassen: Was war der sowjetische „Realsozialismus“? Der teuerste Umweg vom Kapitalismus zum Kapitalismus. - Inwieweit die Erbauer der DDR, 12 Jahre lang von der vorangegangenen Diktatur brutal verfolgte Kommunisten, und mit ihnen, häufig in der zweiten Reihe der Erbauer, in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern von Hitler auf Stalin umgeschulte Jung-Nazis in Wehrmachtsuniform, in ihrem Staat DDR politische und kulturelle Muster aus dem NS-Reich und damit vielleicht auch aus dessen Vorbild, Mussolinis Italien, aufgenommen haben, und nicht aus der Sowjetunion, von der sie doch solange das Siegen hatten lernen wollen, ist m.E. eine kompliziertere Sache als der in bestimmten deutschen Kreisen immer noch modische „Diktaturenvergleich“ - allerdings keinesfalls „Diktatorenvergleich“. Einen Vergleich von Ulbricht/Honecker mit Hitler haben m. W. auch die engagiertesten Apologeten des „Diktaturenvergleichs“ bislang noch nicht versucht.)

Eines meiner Schlüsselerlebnisse im Beitrittsprozess hatte ich wenige Tage vor der Einführung der D-Mark in der DDR, also Ende Juni 1990. Der Leiter einer von mir häufig aufgesuchten Kaufhalle wies eine Mitarbeiterin an, DDR-Erzeugnisse in das oberste und unterste Fach eines Warenregals einzusortieren, in die vier Fächer dazwischen aber die gerade neu eingetroffenen Westwaren. Da wusste ich: Wenn wir Ostdeutschen unsere eigenen Produkte nicht mehr kaufen müssen, werden wir sie sehr bald auch nicht mehr produzieren müssen. Und so war es: Die heiß begehrte D-Mark kam, und die Arbeitsplätze gingen. Milev erinnert die Zahlen: Ab Mitte 1990 konnten 1,4 Mio Ostdeutsche ihren Lebensunterhalt mit ihrer eigenen Hände Arbeit nur noch sichern, indem sie Arbeitsrechtsverhältnisse in Westdeutschland begründeten. (S. 238)

Am wirkmächtigsten für alle Negativentwicklungen in der ostdeutschen Wirtschaft ab 1990 wird mittlerweile die Treuhand gesehen. Schon mit ihrem Titel war Milev diesem Trend gefolgt. In ihrem Buch selbst präsentiert sie als Fakten-Höhepunkt von S. 144 bis S. 225 eine Aufstellung der DDR-Betriebe (einschließlich Produktionsgenossenschaften des Handwerks), die das Wirken der Treuhand nicht überlebten. Manche dieser Betriebe hatten vordem in die ganze Welt exportiert, jetzt hatten sie wie der Kinderwagenhersteller Zekiwa Zeitz sogar den heimischen Markt verloren. Die Treuhand hat den Verkauf des Ex-DDR-Produktivvermögens bekanntlich mit einem Minus abgeschlossen. Allerdings war das für kritische Beobachter ihres Tuns so überraschend nicht: Wer fast eine ganze Volkswirtschaft im Eiltempo auf einem dafür nicht allzu aufnahmebereiten Markt versilbern will, wird nicht übermäßig viele Silberlinge gewinnen. Ich hatte über Frau Breuel, die Leiterin der Treuhand, nach ihrem Abgang oft gespottet: Die hätte, wenn sie in der gleichen Zeit und mit den gleichen Methoden die Westwirtschaft zu verkaufen gehabt hätte, sicher ebenfalls ein Verlustgeschäft zustande gebracht. Dass es Alternativen zur Treuhand-Normalpolitik gab, zeigte sich in Jena: Dort hat ein engagierter ehemaliger westdeutscher Ministerpräsident bekanntlich eine

altberühmte Thüringer Firma retten können.

Übrigens: Bei ihrem Tun, das Ex-DDR-Produktivvermögen rasch in die Hände westlicher Kapitaleigner zu privatisieren, hat die Treuhand nicht mehr DDR-Eigentum verschleudert; durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik war dieses DDR-Produktivvermögen Eigentum des vereinigten Deutschland geworden. Die Treuhand hat also Eigentum des frisch vereinigten Deutschland verschleudert. Bei einer Beurteilung der „Kosten der Einheit“ sollte der Umgang mit diesem nunmehr gesamtdeutschen Eigentum auf keinen Fall vergessen werden. Mir scheint manchmal, die rasche Privatisierung des Produktivvermögens der Ex-DDR-Wirtschaft hatte wohl nur ein einziges Ziel: das einer raschen Privatisierung der Verantwortung für die Wirtschaft der Ex-DDR.

Eine der im Frühstadium des Einigungsprozesses am intensivsten diskutierten Fragen war die nach der Rückgabe des in der DDR verstaatlichten Firmen- und Immobilieneigentums an die Alt-Eigentümer oder statt dessen deren Entschädigung. Milev erinnert daran, dass die Bourbonen, als sie 1814/15 auf den Thron in Frankreich zurückkehrten, die in nur 25 Jahren Revolution und Herrschaft der Nachrevolutionäre eingetretenen Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen ihres Landes nicht antasteten, sondern sich für das Prinzip „Entschädigung“ entschieden. (S. 122/123) Wir wissen mittlerweile, wie oft das von den westdeutschen Entscheidungsträgern für Ostdeutschland gewählte Prinzip der Rückgabe auf Jahre „ungeklärte Eigentumsverhältnisse“ zur Folge hatte und damit einen raschen Neuaufbau der ostdeutschen Wirtschaft massiv behinderte. Zu den wirtschaftlichen Absurditäten dagegen gehörte, dass Kommunen bei der Treuhand in den 1990ern in staatlichem Besitz befindliche Seen kaufen konnten, also gegen Bezahlung zu öffentlichem Eigentum machen konnten, was bislang schon öffentliches Eigentum gewesen war. Es gab weitere Absonderlichkeiten: So ermöglichte der Beitritt der DDR zur BRD und die Wahl anfangs vorzugsweise westdeutscher christlicher Politiker in den „neuen Bundesländern“, dass hier und da katholische Klöster wieder eröffnet wurden, die nicht durch die SED, sondern schon in der Reformation verstaatlicht worden waren.

Zwar übersieht eine genaue Beobachterin wie Milev keinesfalls „die deutlichen Verbesserungen in der Infrastruktur, in einigen Bereichen des Verkehrs- und im Nachrichtenwesen sowie bei Dienstleistungen“ (S. 81), aber sie erkennt nicht, dass die rasche und kompetente Sanierung und Modernisierung der 1990 tatsächlich weithin maroden Infrastruktur der DDR (Telefonwesen, Eisenbahn, Straßen, öffentliche Gebäude) die wirkliche und unübersehbare Leistung der Regierung Kohl gewesen ist. Wenn jeder Antragsteller z.B. in einer immer kürzer werdenden Frist seinen eigenen Telefonanschluss bekam, war das eine auffällige Verbesserung in seinem Alltagsleben. Beim Aufbau einer modernen Infrastruktur fand der immer wieder angekündigte „Aufschwung Ost“ tatsächlich statt. Allerdings gab es da auch das: Die von der Regierung Kohl eingesetzten Chefs der Deutschen Bahn legten nach der Vereinigung der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn so manche Eisenbahnstrecke still, die von den ebenfalls von der Kohl-Regierung eingesetzten Nach-1990-Chefs der Deutschen Reichsbahn mit ebenfalls nicht wenigem westdeutschem Geld erneuert worden waren. Die Unzufriedenheit über einige dieser Streckenschließungen hält in den davon betroffenen Gebieten bis heute an.

Kritisch beurteilt Milev auch die nahezu durchgängige – wenn auch bei einigen Rechtssetzungen verzögerte – Einführung und Durchsetzung des westdeutschen Rechts in Ostdeutschland. Bei ihrer Kritik am BGB übersieht sie, dass das BGB auch in der DDR noch bis 1976, dem Jahr der Einführung des neuen Zivilgesetzbuches der DDR, gegolten hatte, es also ca. zwei Drittel von dessen Lebensdauer im zweiten deutschen Staat angewandtes Recht war. Mir z.B., einem parteilosen Studenten, hatten Mitte der 1960er Jahre zwei rechtsstaatlich denkende Nachwuchswissenschaftler der Juristenfakultät der Leipziger Karl-Marx-Universität und deren gründliche BGB-Kenntnisse dazu verholfen, in einem Rechtsstreit mit einem Nachbarn, einem kleinen Wirtschaftsfunktionär mit Beziehungen, mich durchzusetzen.

Eine gründliche und objektive Auseinandersetzung mit dem Recht der DDR – Kodifizierung und Praktizierung – dürfte jedoch durchaus sinnvoll sein. So galt in der DDR noch das Urheberrecht aus

Kaiserzeiten mit seiner Schutzfrist von 50 Jahren, während in der Alt-Bundesrepublik die Urheber-Schutzfrist auf 70 Jahre verlängert worden war. Verständlich: Die DDR war weniger eigentümergefreundlich als die Bundesrepublik. Bei der Realisierung von Frauenrechten allerdings ging die heute so oft zum „Unrechtsstaat“ beförderte DDR der Alt-Bundesrepublik eindeutig voran. Und auch der von DDR-Kritikern für eine demokratisierte DDR erarbeitete Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches gehört, so absurd das klingen mag, zu den positiven Hinterlassenschaften der DDR-Rechtsgeschichte. Nicht ideologisch, sondern rein praktisch begründet war der sogenannte „Haushaltstag“ der Frau gewesen. Weil auch in der DDR der größere Teil der Haushaltsarbeit noch auf den Schultern der Frauen ruhte, besaßen schon in der frühen DDR verheiratete oder allein stehende Frauen mit Kind, wie die vielen Kriegswitwen, diesen bezahlten arbeitsfreien Arbeitstag pro Monat. Ich hatte meine gesamte Kindheit hindurch beobachten können, was an Hilfe in ihrem Alltag diese „Errungenschaft“ der DDR für meine Mutter bedeutete.

Die Seiten, die Milev den Medien und der Kultur widmet, beginnt sie mit der Feststellung: „Die Medien- und Kulturlandschaft der DDR war ein weites Feld, das sich aus offiziellen Institutionen und Programmen, subkulturellen Plattformen und Programmen sowie Millionen Initiativen und Formaten zusammensetzte.“ (S. 227) Diese Differenziertheit in der Struktur und die Vielzahl von geförderten und auch nicht geförderten Individuen und Gruppen begründen, warum trotz Leitereauswahl auf der Grundlage eines möglichst vorhandenen (SED-)Parteibuches, einer durchgängigen „Kaderauswahl“ sogar bei den niederen Mitarbeiterrängen und vielfältiger ideologischer Kontrolle bis hin zur offenen Zensur in den öffentlichen Arbeitsergebnissen dieser Einrichtungen und Initiativen (auch Eigeninitiative gab es ja in der durchorganisierten DDR) immer wieder „Abwechlertum“ erscheinen konnte. Milev, die als junge Frau bekanntlich selbst gemäßregelt worden war, empört, wie auch diese Kultur- und Medienlandschaft ab 1990 weitgehend untergehen musste oder zu neuen Leitern (sogar von Kunst- oder Heimatmuseen) Westimporte gemacht wurden. Die westdeutsche „Machtübernahme“ in der veröffentlichten Meinung über DDR und „neue Bundesländer“ nach 1990, sichtbar z.B. in Fernseh-Talk-Shows über Ostdeutschland, führten bei mir damals manchmal zu dem ironiegesäuerten „Lob“: Es war sogar ein Original-Ostdeutscher dabei, der mitdiskutieren durfte. Mich hatte vorzugsweise aber direkt in Rage versetzt, dass ein Westdeutscher sogar zum langjährigen Leiter der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen gemacht worden war. Warum hatte dieser Mann nicht soviel Respekt vor uns Ex-DDR-Menschen besessen, diese Stelle abzulehnen: Die Ostdeutschen haben sich selber von der Stasi befreit – sollte deshalb nicht einer von ihnen diese Gedenkstätte leiten?

In ihrem dritten Hauptkapitel, unter der Überschrift „Exil“, diskutiert Milev, z.T. nochmals, Aspekte dessen, was den Ex-DDR-Bürgern mit der zweiten deutschen Vereinigung widerfahren ist. Sie betont dabei einen Verlust an „Heimat“. Und dies nicht nur infolge des Verlustes vieler der über Jahre angestammten Arbeitsplätze, sondern auch durch das Verschwinden der gewohnten Verwaltungsstrukturen und der in der DDR entstandenen o.g. eigenständigen Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Wie oben schon gesagt, erinnert Milev daran, dass sich 1,4 Mio Ostdeutsche ihren Traum von 1990, mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland richtige Westdeutsche zu werden, nur erfüllen konnten, indem sie in das richtige Westdeutschland, umzogen. Oder zumindest „Pendler“ wurden wie einer meiner früheren Nachbarn, der über Jahre hinweg Sonnabend Mittag bei seiner Frau von einem anderen Ostdeutschen aus dem Auto geworfen wurde, um dann am nächsten Tag, dem Sonntag, nach dem Kaffee, wieder eingesammelt zu werden. Milev benennt weitere ostdeutsche Verluste in dem mittlerweile nahezu durchgängig, ihrer Meinung nach aber sachlich nicht korrekt „Wiedervereinigung“ genannten Prozess:

- „Nur 5 Prozent des Produktiv- und Immobilien-Vermögens der DDR gingen an Ostdeutsche (15 Prozent an ausländische Bewerber, 80 Prozent in westdeutsche Hände)
- Nur 1,7 Prozent Ostdeutsche sind in gesamtdeutschen Eliten vertreten
- Unter den Top-Vermögenden in Ost-Deutschland gibt es keine Ostdeutschen

- Die Arbeitslosigkeit war 2019 um 20 Prozent höher als im Westen
- Die Kleinteiligkeit der Wirtschaft ist eine Folge der 'Entflechtung' und Zerschlagung der DDR-Industrie durch die Treuhand“. Usw. (S. 240)

Nach der Abwicklungswelle von 1990 bis 1993 arbeiteten „nur noch höchstens 25 000“ von vordem ca. 220 000 in Wissenschaft und Forschung der DDR Tätigen auf ihrer Qualifikation gemäßen Stellen. (S. 232) Die mangelnden fachlichen und moralischen Fähigkeiten von damals aus Westdeutschland an die Humboldt-Universität zu Berlin gekommenen Geschichtswissenschaftlern habe ich selbst erlebt. (S. Dieter Winkler: DDR aus der Schublade. E-book bei epubli. Anhang) Es waren nicht nur die tatsächlich überflüssig gewordenen ehemaligen „Parteiwissenschaftler“, die ab 1990 radikal beiseite geschoben wurden. In einem anderen Milieu kannte ich Leute, die Jahre nach dem Übergang ihrer Fabriken in westdeutsche Hände darüber staunten, dass sie, obwohl längst an modernen westlichen Maschinen und nach den von den neuen Chefs aus Westdeutschland mitgebrachten Arbeitsabläufen arbeitend, immer noch niedrigere „Ost-Löhne“ erhielten. Bzw. z.T. sogar heute noch erhalten.

Am Ende ihrer umfangreichen Abhandlung setzt sich Milev mit von westlichen Soziologen erfundenen Kategorisierungen der Ostdeutschen auseinander. Sie selbst ist auf vier Gruppen gekommen:

- „Exil-Ostdeutsche“
- „Quoten-Ostdeutsche“
- „Transfer-Ostdeutsche“
- die „ATCK-Ostdeutschen“. (S.247/248)

Dabei befinden sich in ihrer Kategorie „Exil-Ostdeutsche“ gerade nicht die nach West-Deutschland exilierten, sondern die in der Heimat verbliebenen, aber in der Bundesrepublik noch nicht völlig angekommenen ehemaligen DDR-Bürger. Die Wahlerfolge einer relativ neuen rechten Partei korrelieren mit der Stimmungslage in dieser Bevölkerungsgruppe. (Es gehört zu den historischen Ironien, dass nicht schon die auch in Ostdeutschland vordem gewachsene Zahl von Nichtwählern, sondern erst die Zunahme von AfD-Wählern eine kritischere Sicht in Gesamt-Deutschland auf die zweite deutsche Vereinigung gefördert hat. Wie vorher bereits die „DDR-Aufarbeitung“ Anstöße zu einer erneuten intensiveren Beschäftigung mit NS-Deutschland und dessen anhaltende Wirkungen in die Elitenzusammensetzung der Alt-Bundesrepublik gegeben hatte.)

„Quoten-Ostdeutsche“ sind nach Milev ehemalige DDR-Deutsche, die „aufgrund von DDR-Dissidenz oder anderen Evaluierungen im neuen System als protektionswürdig galten und Aufstiegschancen erhielten.“ (S. 247) Es sollen ca. zwei Millionen Menschen aus 41 Jahrgängen sein. Vielleicht sollte man daran erinnern, dass unter diesen zwei Millionen auch Personen und Persönlichkeiten sind, die die Schriftstellerin Christa Wolf sehr früh mit einer Metapher aus der Ornithologie beschrieb. Sie sprach bekanntlich auf der großen Demo am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz über „Wendehälse“, mit denen wir es nun zu tun bekommen würden. Ein Jahr später spottete man in meinem Bekanntenkreis von den „Rotkehlchen“, die im Herbst 1989 verstummt seien, um dann im Frühsommer 1990 als „Schwarzdrosseln“ wieder hörbar zu werden. - Es gibt in diesem Kontext in Ostdeutschland wirklich literaturreife Biografien. Ich kannte u.a. einen Ostberliner CDU-Kommunalpolitiker; der war nach den gefälschten Kommunalwahlen vom Mai 1989 Mitglied des Rates eines Ostberliner Stadtbezirkes, ein Jahr später für die de Maiziere/Kohl-CDU stellvertretender Bürgermeister eines anderen Ostberliner Bezirkes und ist heute AfD-Bezirksverordneter, und nur deshalb nicht Bezirksstadtrat für seine gegenwärtige Partei, weil er für die Stadtrats-Funktion mittlerweile zu alt ist. Er war übrigens, als ich mit ihm zu tun hatte, ein fachlich kompetenter und ideologisch unauffälliger Mann. Etwas prominenter gehört zu diesen Figuren auch der Ex-DDR-Dozent mit Blockparteien-CDU-Parteibuch, CDU-Ex-Staatssekretär in der Regierung de Maiziere, Ex-CDU-Bundesminister, Ex-Banker und Ex-was-weiß-ich-noch Krause, der – im Ost-Lande nicht wenig höhnisch belächelt – vor einiger Zeit als Dschungel-Camp-Aktiver noch einmal aus dem Himmel für Vergessene in unsere Gegenwart hinunterfiel.

„Transfer-Ostdeutsche“ sind lt. Milev die Westdeutschen, die als „Aufbauhelfer“ mit Westgehältern und am Anfang zusätzlich „Buschzulage“ in den Osten kamen und dort später auf ihren

Entscheiderpositionen verblieben. Einige von ihnen besaßen uns Ostdeutschen gegenüber Respekt, andere nicht. Letztere kamen bekanntlich ziemlich rasch zu der Spott-Benennung „Besser-Wessi“. Unter „ACTK-Ostdeutschen“ versteht Milev kurz vor oder nach der „Wende“ in Ost- oder Westdeutschland Geborene, die auf Grund familiärer u.a. Umstände zu eigener Meinung über die DDR und ihre Bewohner fanden.

Milev endet ihr Buch mit dem Appell: „Wenn wir nach einer Zukunft der Demokratie fragen, muss die Deutungshoheit über DDR-Geschichte und Biografien den Eignern zurückgegeben werden.“ (S. 258) Ich finde, sie hat recht damit. Und ich finde außerdem, dass Deutsche, die den 30. Jahrestag der zweiten deutschen Vereinigung nicht nur jubelnd begehen wollen, sondern nachdenklich, zusätzlich Milevs Buch lesen sollten. Es ist vielleicht hie und da ein wenig zu emotional geraten, vor allem aber ist es faktenreich und lesbar geschrieben.

Dieter Winkler 8.7.2020